

Protokoll Attac-Frühjahrsratschlag 1.-3.4.2011 in Braunschweig

Unter dem Motto "Transformationspfade" bot der Frühjahrsratschlag die Gelegenheit zu intensivem Austausch, kontroverser Diskussion und Konsensfindung. Auf der Grundlage der *Deklaration von Attac-Österreich aus dem Jahre 2010* (<http://www.attac.at/deklaration2010.html>) suchten wir nach Lösungswegen aus den neoliberalen Krisen unserer Zeit. Dazu fragten wir nach konkreten Kampagnen und Interventionsmöglichkeiten, nach den Potentialen, die sie beinhalten, und danach, welche wir als Attac-Deutschland weiter verfolgen werden. Zur Vorbereitung waren verschiedene einführende Arbeitspapiere auf der Website zur Verfügung gestellt worden. Das Programm, die Arbeitspapiere und – soweit vorhanden – Berichte aus den Workshops sind auf dieser Website zu finden:

<http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/gremien/ratschlag/rueckblick/fruehjahrsratschlag-2011/>

Das Programm des Freitagabend informierte über internationale Aktivitäten, vor allem das Weltsozialforum in Dakar, das auch im Zeichen der Revolutionen in Nordafrika stand. Im zweiten Teil ging es um die verstärkten Proteste gegen Atomenergie nach der Katastrophe von Fukushima.

Am Samstag lag besonderes Gewicht auf ausgiebigen Diskussionen zu einzelnen Themensträngen in sechs parallelen Workshops:

Gemeingüter: demokratisieren statt privatisieren!

Gemeinwohlorientierte Finanzwirtschaft

Jenseits des Wachstums (einschl. Energiesouveränität)

Menschengerechte Arbeit

Solidarität statt Wettbewerb – Neue Perspektiven für Europa

Umfassende Demokratisierung

Von 16.50 Uhr bis 18.30 Uhr wurden bestimmte Aspekte aus der Workshoparbeit ins Plenum eingebracht und dort diskutiert. Dieser Prozess ist in diesem Protokoll festgehalten.

Am Sonntag hatten bundesweite Arbeitsgruppen und Projektgruppen die Möglichkeit zu weiteren konkreten Arbeitsbesprechungen.

Samstag, 2. April 2011, Attac-Ratschlags-Plenum

Protokoll: Genoveva Brandenburger

16:50 Uhr Beginn

Einführung/Begrüßung Jutta Sundermann (ca. 80 TeilnehmerInnen)

Komoderator: Thomas Eberhardt-Koester

Kurzberichte (3-5 Min.), anschließend große Diskussion im Plenum.

Fragen (gekürzte Fassung) die in den unterschiedlichen AG`s bearbeitet werden sollten (als Leitfaden):

- 1. Welche großen Dissenspunkte / welchen Klärungsbedarf gab es?**
- 2. Wo werden Chancen oder Anknüpfungspunkte gesehen – auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene?**
- 3. Welche Gruppen arbeiten schon dazu, wo sind Aktivitäten geplant?**
- 4. Wie kann der Ratschlag unterstützend tätig werden?**

Die Arbeitsgruppen sollen in jeweils fünf Minuten ihre Arbeitsergebnisse vorstellen. Die Beantwortung der oben stehenden Fragen soll die Leitlinie für alle Arbeitsgruppen sein.

Werner, AG Genug für Alle: Menschengerechte Arbeit

1. Welche großen Dissenspunkte / welchen Klärungsbedarf gab es?

Im wesentlichen wurden drei in Attac vertretene Modelle diskutiert:

- 1) Die Position zum bedingungslosen Grundeinkommen.
- 2) Die 4 in 1 Perspektive von Frigga Haug (Ein Modell, in dem vier Bereiche menschlichen Tätigseins gleichwertig und mit gleichem Zeitumfang nebeneinander gestellt werden – Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, gesellschaftlich/politisches Engagement und persönliche Weiterentwicklung). Die Kritik daran nimmt Bezug auf das als starr empfundene Schema und die Verhaftung in Erwerbsarbeit für alle und der Einbindung ins kapitalistische System.
- 3) Arbeitszeitverkürzung als Forderung für sich genommen ist richtig. Der Fakt, dass es sich um fremdbestimmte Arbeit handelt, wird dadurch nicht aufgelöst. Die Frage, wie kann 25 Stunden Fabrikarbeit gleich wertgeschätzt werden wie andere Formen von Arbeiten, blieb auch in der Gesprächsrunde ungelöst.

2. Wo werden Chancen oder Anknüpfungspunkte gesehen – auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene?

Die neue Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU tritt ab 1. Mai 2011 in Kraft und wird sich in Deutschland durch das Fehlen von Mindestlöhnen sehr negativ auf die Einkommenssituation der arbeitenden Bevölkerung im unteren Lohnbereich auswirken. Es steht zu befürchten, dass Unternehmen diese Situation in Deutschland ausnutzen und nur Niedrigstlöhne oder Leiharbeitsplätze anbieten.

Bei der Diskussion über die Stromkampagne wurde festgestellt, dass auch Energie als Menschenrecht betrachtet werden kann, so dass der Staat in der Verpflichtung wäre, allen BürgerInnen eine kostenlose Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Heute ist es im Bereich des Energieverbrauchs so, dass Wenigverbraucher viel zahlen und Vielverbraucher (Industrie) wenig zahlen. Dieses müsste umgekehrt werden.

3. Welche Gruppen arbeiten schon dazu, wo sind Aktivitäten geplant?

Zum Thema Arbeitszeitverkürzung wird weiter gearbeitet. Konkret: 30.06./01.07.2011 in Hannover eine Konferenz zum Thema Arbeitszeitverkürzung, organisiert von der AG ArbeitFairTeilen und der Memogruppe.

Die Forderung „Hartz IV muss weg“ und die Themen Grundsicherung sowie die Sozialsysteme, in denen Privatisierungsprozesse (Rente, Gesundheitssystem) schon sehr weit fortgeschritten sind, werden als wichtig angesehen. Problem: Es gibt keine Akteure in Attac zu den Themen.

Die Kinderarmutskampagne muss thematisiert werden, ebenso die Kopfpauschale. Es gibt dazu in einzelnen Orten Initiativen, aber nicht auf Bundesebene.

08./09.7.2011 in Reutlingen Konferenz zu den Themen: Infrastruktur, Commons und Grundeinkommen, organisiert von der AG Genug für Alle, ZAK Tübingen und dem Buko.

4. Wie kann der Ratschlag unterstützend tätig werden?

Im Jahr 2012 findet am 3. Septemberwochenende in Ottobrunn bei München ein Kongress des weltweiten Grundeinkommenskongresses (BIEN) statt. Wie könnte eine Stadt, wie eine lebenswerte Stadt mit Grundeinkommen aussehen? Die Attac-AG Genug für alle will sehr groß einsteigen. Ein Papier skizziert die aktuelle Lage und die Forderungen dazu. Am 17./18. 09.2011 findet in Frankfurt dazu ein Vorbereitungstreffen statt. Attac D soll „Eine Stadt mit Grundeinkommen?“ unterstützen, im Herbst soll dazu ein Vorschlag eingebracht werden.

Laura, AG Gemeingüter: demokratisieren statt privatisieren!

1. Welche großen Dissenspunkte / welchen Klärungsbedarf gab es?

Was sind Gemeingüter, die wir in öffentlicher Hand behalten wollen? Hier gibt es Klärungsbedarf. Danach gab es eine fließende, gute Diskussion, an der sich 18 Personen aus ganz Deutschland beteiligten. Die Begrifflichkeit *Commons* wurde als irreführend wegen ihrer vielfältigen Bedeutung in der englischen Sprache identifiziert. Der Begriff Gemeingut sollte zur einheitlichen Begrifflichkeit im Deutschen etabliert werden.

2. Wo werden Chancen oder Anknüpfungspunkte gesehen – auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene?

Hauptsächlich wurde über die Verwaltung von Gemeingütern diskutiert und wie sie sich aufteilen. Schwerpunkt waren dabei die Kommunen mit ihren Netzen für Gas, Strom und Wärme. Ab dem Jahr 2012 bis zum Jahr 2014 laufen in Deutschland ca. 1.500 (Überschlag) Konzessionsverträge aus (Quelle: Bundesanzeiger). Der Besitz der Infrastruktur wurde als ein entscheidendes Kriterium identifiziert, um eine Kommune unabhängig von Konzernen aufzustellen. Wir sagen: Sehr viele Konzessionsverträge befinden sich derzeit in privater Hand, und unsere Forderung ist, sie nicht zu verlängern.

3. Welche Gruppen arbeiten schon dazu, wo sind Aktivitäten geplant?

Das Thema beinhaltet viel Sprengstoff. Viele aus der AG wollen sich beteiligen, am Sonntag 03.04. findet ein bundesweites Treffen statt. Schuldenbremse in Hessen ist weiteres Thema.

Wichtige Termine sind unter anderem:

Marseille 2012, Weltwasserforum (Privatisierungsveranstaltung trotz des schönen Namens).

18.9.2011 Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin. AG Klärwerk (Veröffentlichung der geheimen Privatisierungsverträge des Berliner Wassers nach gewonnenem Volksentscheid), das bisher noch kein bundesweites Projekt ist, Beschluss wird im Herbst angefordert.

Eine Idee zum 25. Jahrestag des Reaktorunfalls von Tschernobyl ist die Herstellung eines Flugblattes zur Demokratisierung von Energienetzen, die in kommunale Hand zu übernehmen sind. Anknüpfungspunkt: Atomausstieg ist machbar, wenn die Stromnetze wieder in kommunaler Hand sind. Damit ist eine Entmachtung der Großkonzerne möglich. Alternativ bzw. ergänzend zu großen Kraftwerken könnten dann auch kleine Blockheizkraftwerke dezentral den Strom liefern.

4. Wie kann der Ratschlag unterstützend tätig werden?

Morgen 10 -14 Uhr in der AG Phase bundesweites Arbeitstreffen. Erwartet werden weder ein Votum noch eine Unterstützung vom Ratschlag.

Tina von Noya Düsseldorf: Gemeinwohlorientierte Finanzwirtschaft

1. Welche großen Dissenspunkte / welchen Klärungsbedarf gab es?

Dissens: In wie weit kann Politik die Finanzmärkte steuern und auf welcher Ebene sollte das geschehen? Sollten wir bestehende Banken reformieren oder ganz neue Banken gründen? Über die demokratische Bank in Österreich wurde gesprochen.

Soll die Umgestaltung des Geldsystems nur bei Banken ansetzen oder auch Zentralbanken angehen?

2. Wo werden Chancen oder Anknüpfungspunkte gesehen – auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene?

Als Chancen sehen wir EU-weit die Finanztransaktionssteuer und Derivate-Regulierung. Diese

Forderungen sollen in die Bankenwechsellkampagne eingepasst werden.

Interessant ist die neue Situation in Deutschland: Die Deutsche Bank übernimmt die Postbank (nicht die typische Kundschaft der deutschen Bank). Geplant ist eine Postbankaktion zu starten, da nun die Geschäfte der Deutschen Bank mitfinanziert werden. Beispiel Atomkatastrophe: Reaktoren in Japan finanziert durch deutsche Banken wie Deutsche Bank und Commerzbank.

3. Welche Gruppen arbeiten schon dazu, wo sind Aktivitäten geplant?

Geplant ist eine zweite Kampagne:

Neue Bildungsbausteine (für Schulen) über Banken werden erstellt. Wir wollen 3 Punkte erreichen:

1. Bankenwechsel
2. Politik verändern
3. Forderungen: Großbanken sollen geschrumpft werden, damit sie nicht als „systemrelevant“ gelten können. Trockenlegen der Steueroasen und Derivatehandel einschränken. Banken sollen sich finanziell an den Krisenkosten beteiligen.

4. Wie kann der Ratschlag unterstützend tätig werden?

Termine: 1. Mai und Kirchentag im Juni. Dazu sollen Finanzierungsmittel beantragt werden. Antrag kann erst im September gestellt werden, eine Zwischenfinanzierung durch die Finanz AG ist notwendig.

Publikumsfrage: Wie sollen KundInnen der Postbank erreicht werden? Antwort durch Website-Adbustings (Plagiate für Postbank und Deutsche Bank). Bisher gibt es vier Banken, mit denen eine Zusammenarbeit (Alternativbanken) stattfindet. Es gibt ein Buch über Sparkassen und Volksbanken und wie sie ethische Banken sein könnten.

Tina, Noya Düsseldorf: Jenseits des Wachstums (einschließlich Energiesouveränität)

1. Welche großen Dissenspunkte / welchen Klärungsbedarf gab es?

Es gab keine großen Dissense.

2. Wo werden Chancen oder Anknüpfungspunkte gesehen – auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene?

Wachstum bedeutet Entkoppelung. Die Schrumpfung des Wachstums muss demokratisch geregelt werden. Umbau der Energiewirtschaft ist notwendig. Alternative: Energie direkt demokratisch. Die Verschwendungswirtschaft muss beendet werden, auch Konsum und Produktionsverhältnisse müssen sich ändern. Konsens ist die Suche nach realistischen Umsetzungsformen. Wie kann eine Postwachstumsökonomie aussehen?

3. Welche Gruppen arbeiten schon dazu, wo sind Aktivitäten geplant?

ENBW entmachten und so in Baden-Württemberg die Energiewende einleiten. Treffen der G8 und G 20. Stattfindende Wachstumskongresse. Klimakongress. BRD Urgewald. Tschernobyl 25 Jahre danach. Kommunale Zusammenhänge. „Jenseits des Wachstums“ ist sehr umfangreich. Es gibt allerdings thematische Verbindungen zur EKV AG und zur Kommunal-AG.

4. Wie kann der Ratschlag unterstützend tätig werden?

Erwartet werden weder ein Votum noch eine Unterstützung vom Ratschlag.

Steffen: Solidarisches Europa (diese Zusammenstellung weicht von den gestellten Fragen ab)

1. Welche großen Dissenspunkte / welchen Klärungsbedarf gab es?

Dissense: Wie stark müssen verschiedene Aspekte gewürdigt werden? Wer ist Adressat?

Feststellung: Neoliberale nutzen die Krisen zum Demokratieabbau und zum Sparen aus.

2. Wo werden Chancen oder Anknüpfungspunkte gesehen – auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene?

Entscheidungsprozesse laufen in Europa. Durch die ungebrochene Wachstumsideologie weiten sich die materiellen Ungleichgewichte weiter aus. Konkrete Aktivitäten!

3. Welche Gruppen arbeiten schon dazu, wo sind Aktivitäten geplant?

Thematik soll in Attac stärker verankert werden. Aufklärungsarbeit muss konkret passieren.

4. Wie kann der Ratschlag unterstützend tätig werden?

Wir wollen nichts Konkretes. Veranstaltungen in den jeweiligen Regionen.

In Brüssel wird es am 24.06.2011 einen großen Aktionstag zur Stabilisierung geben. Neben einer Straßendemo werden auch weitere kreative Veranstaltungen stattfinden.

Am 15.06.2011 werden zur EU-Finanzministerkonferenz in Luxemburg auch Aktivitäten von Attac stattfinden.

G8 und G20 am 3. Mai und am 20. und 21. Mai: in Sachen Atom mit einer kleinen Gruppe zum Thema Atomausstieg und zum Thema Eurokrise. 6. und 7. November 2011 in Cannes

Andreas: Umfassende Demokratisierung (getragen von der Projektgruppe Demokratienotstand)

Feststellung: Demokratienotstand und personelle Probleme.

1. Welche großen Dissenspunkte / welchen Klärungsbedarf gab es?

Dissens: - Reform oder Revolution - Überbau und Basis

Repräsentative versus direkte Demokratie. Vielleicht tun wir das Falsche, wenn wir zu sehr die Konsens-Demokratie mit partizipativer Demokratie versöhnen wollen.

Ist die Begrifflichkeit Volksentscheid problematisch? Das Wort Referendum ist in der Bevölkerung schwerer vermittelbar. Völkischer Entscheid?... Geschlechtergerechte Sprachverwendung ist für alternative Begrifflichkeit ein Muss, denn sprachliche Rückschritte sind nicht akzeptabel.

2. Wo werden Chancen oder Anknüpfungspunkte gesehen – auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene?

Konkrete Themen: Beispiel: Energiegewinnung ohne Atomkraftwerke verknüpfen mit dem Demokratisierungsthema? Die Gefahr besteht jedoch, dass sich das Demokratiethema dem Sachthema Atomkraft unterordnen müsste mit der Gefahr, dass es auch ganz untergehen könnte.

3. Welche Gruppen arbeiten schon dazu, wo sind Aktivitäten geplant?

Demokratiekongress in Stuttgart. Die Demokratie-Projektgruppe plant Mitte des Jahres ein größeres Treffen, um Bündnispartner zu finden.

Anti-AKW-Bewegung befragen, was sie von der Einbeziehung der Demokratiefrage halten, mit der Möglichkeit, dass sich das Sachthema eventuell der eigentlichen Thematik unterordnen wird. Es sind dicke Bretter zu bohren.

4. Wie kann der Ratschlag unterstützend tätig werden?

Konkrete Papiere und konkretere Statements konnten bisher dazu noch nicht erarbeitet werden. Morgen gibt es eine weitere Sitzung, um weiter hier zu diskutieren.

Publikum: Eine Demokratiedebatte ist immer auch eine Menschenrechts- und Grundrechtsdebatte, es ist untrennbar.

Allgemeine Diskussion:

Frage an die **Arbeitsgruppenvortragenden** (zur Freude aller geschlechtergerechte Besetzung, drei Männer drei Frauen) ob sie thematische Überschneidungen sehen; mit dem Ziel, Synergien zu entwickeln und so eine eventuelle Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Die Frage des Wachstums betrifft viele Bereiche.

Betriebe in öffentlicher Hand sind nicht dem Diktat der Rendite ausgeliefert und dadurch bestünde in der Daseinsfürsorge kein Wachstumszwang.

Ebenso stellt sich in vielen Bereichen die Frage der demokratischen Gestaltung, besonders Demokratie im Bankwesen und in der Wirtschaft, aber auch bei der Verwaltung unserer Gemeingüter.

Bereits auf dem Ratschlag in Gladbeck (2007) wurden die globalen sozialen Rechte und deren Weiterentwicklung diskutiert. „Wir haben die Rechte nicht nur, sondern wir können sie uns nehmen bzw. aneignen.“ Aktuelle Lektion aus den Bewegungen in Afrika: Demokratie funktioniert dort im wesentlichen nicht, aber die Aneignung sozialer Rechte sehr wohl.

Beispiel Energie: Menschenrechte müssen ergänzt werden um den Anspruch auf einen garantierten Stromanschluss und die Belieferung mit Strom. Wenn die Stromanbieter in öffentlicher Hand wären, ließe sich die Forderung leichter durchsetzen (Strom ohne oder zu geringem Preis in einem lebensnotwendigen Umfang). Die in den nächsten Jahren auslaufenden Konzessionsverträge bieten Möglichkeiten, die Stromversorgung wieder in öffentliche Hand zu bekommen und darüber hinaus über Volksentscheide zur Energiewende zu kommen und die Atomlobby zu entmachten.

Plenumsdiskussion

Der Punkt kollektiver Konsum versus privater Konsum wurde kontrovers diskutiert. Auch der Verzichtsausschrei an Einzelne wurde kontrovers diskutiert. Attac hat jedoch eine eindeutige Position seit dem Ratschlag von Gladbeck, dass Verzichtsausschreie an Einzelne keine politische Option sind. Auch die Frage, was Mensch alles braucht um seine Grundbedürfnisse zu erfüllen, wurde kontrovers diskutiert.

Zur weiteren Diskussion der Wachstumsfrage wird auf den Kongress „Jenseits des Wachstums“ vom 20.-22.5.2011 an der TU in Berlin hingewiesen. Folgende Fragen/Inhalte werden dort in Workshops bearbeitet: Wie kann die Zusammensetzung einer Wirtschaft aussehen, die nicht mehr wachsen muss und will und wie kann die gesellschaftliche Zusammenarbeit aussehen. Dass Schrumpfen nicht gleichbedeutend ist, Potentiale zu verlieren, sondern ganz im Gegenteil, sich positive gesellschaftliche Potentiale daraus ergeben können. Kollektiver Konsum und privater Konsum und wie werden die Bedürfnisse in einer nicht auf Wachstum ausgelegten Wirtschaft aussehen können – diese Dinge müssen vom politischen als auch vom wirtschaftlichen/produktiven Ansatz her gelöst werden. Was versteht Frau/Mann unter einem guten Leben und wie lässt sich diese Vorstellung gemeinsam mit der Produktionsseite erreichen. Auch Themen zu Finanzmärkten und deren Wachstum sowie die Herausforderungen an die Demokratie und das Thema der Arbeit und Arbeitszeitverkürzung werden diskutiert. Wie können solidarische Gemeingüter gestaltet und verwaltet werden. Muss der Kapitalismus zwangsläufig wachsen.

Ein weiterer Beitrag drehte sich um eine stärkere Zusammenarbeit von Antiatombewegung und Attac.

Die Arbeitsgruppe „Ablauf der Konzessionsverträge“ bekommt Zustimmung vom Plenum für ihre Arbeit.

Die Diskussion um die Enteignung der Energiekonzerne sollte geführt werden unter dem Motto „Energie in die Hand der Bevölkerung“.

Ergänzender Hinweis zur Energiewende: Einbau von Blockheizkraftwerken in Ein- und Mehrfamilienhäusern mit Hilfe von Lichtblick (Naturstromanbieter). Diese Blockheizkraftwerke sind in Zusammenarbeit mit VW entstanden und bieten sich als bezahlbare Alternative für dezentrale Strom- und Wärmeversorgung an.

Die **Kampagnengruppe Bankenwechsel** (Krötenwanderung) möchte ein Votum des Ratschlags für die Weiterarbeit. Es hat sich eine aktive Arbeitsgruppe gebildet und Aktionsmaterial entwickelt. Dafür hat die Kampagne eine Anschubfinanzierung über die Finanz-AG erhalten. Die Weiterarbeit der Kampagne wird mehrheitlich unterstützt bei einigen Gegenstimmen und Bedenken (die es bereits beim letzten Herbstratschlag gegeben hatte). Das Votum bedeutet keine Finanzentscheidung. Ziel der Kampagne ist es, Menschen für die Themen und Probleme unserer (globalen) Finanzmärkte und Banken zu sensibilisieren.

Die Attac-Gruppe Saarbrücken, vertreten durch Thomas, hat sich um die Ausrichtung des Herbstratschlags beworben. Anlass ist das 10jährige Bestehen (27.10.2011) der Gruppe Attac Saarbrücken. **Der Frühjahrsratschlag hat die Bewerbung von Saarbrücken als Ort für den Herbstratschlag 2011 gerne angenommen. Termin ist 28. bis 30. Oktober 2011.** Kulturelle Höhepunkte und gutes Wetter wurden schon mal vorab versprochen. :)